

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Abonnementspreis beträgt bei halbjährlicher Zahlung für Deutschland 2,50 Mk., bei halbjährlicher Zahlung ohne Postgebühren monatlich 2/3 Mk., bei Zahlung unter Postumschlag 4,50 Mk. Die „Freiheit“ ist in allen Buchhandlungen und Verlagsanstalten für 1919 eingetragenes. Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 13 111. Verlagsdruckerei: Kurt Norden 2895 und 2896.

Abnahme des Abdruckes: 1000 Exemplare. Der Abdruck des Wortes 20 Pf., jedes weitere Wort 20 Pf. Leertext 10 Pf. Die Familien- und Vereinsabonnenten fällt der Zuschlag fort. Interess für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition angegeben sein. Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 13, Verlagsdruckerei: Kurt Norden 2768.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Eröffnung des Parteitags.

Ein Programm der Hilfslosigkeit.

Das Reichsministerium gibt bekannt: Während Nationalversammlung und Reichsregierung in voller Erkenntnis und Würdigung der ihr vom freien deutschen Volk übertragenen großen Aufgabe am demokratischen Fundament der Republik arbeitet, droht wirtschaftliche und politische Anarchie das Reich zu zerschneiden. Terroristische Elemente wollen die aus dem freiesten Wahlrecht hervorgegangene Nationalversammlung beseitigen. Jedes Mittel dazu ist ihnen recht. Sie streben danach, Weimar vom übrigen Deutschland abzusperrten und dadurch Reichsregierung und Nationalversammlung gleichermäßen machtlos zu machen.

Demgegenüber erklären wir: nichts darf den Abschluß der Verfassung aufhalten. Die Arbeit der Nationalversammlung an der Überwindung politischer und wirtschaftlicher Nöte darf nicht gehindert werden. Sie soll uns den Frieden bringen. Diese Lebensnotwendigkeiten werden wir mit aller Entschlossenheit sicherstellen.

Verleumdung gefährlichster Art ist es, wenn die gewalttätigen Schürer des Aufstands behaupten, Nationalversammlung und Reichsregierung hätten sich den Aufgaben der Stunde entzogen, den Vorgängen im Reich kein Gehör geschenkt oder wollten gar die Arbeiterkraft um die Früchte der Revolution bringen.

Wir stehen und fallen mit den Grundgesetzen der Demokratie. Hier gibt es für uns kein Valtieren. Die politische Macht gehört allein der frei gewählten Vertretung des Volkes und der von ihrem Vertrauen getragenen Regierung. Das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes nach innen muß so gut wie das nach außen gegen jede Gewalt gesichert werden.

Noch größer als die politische Gefahr ist die wirtschaftliche Katastrophe unseres Landes.

Wir können uns nicht aus eigenem Vorrat bis zur neuen Ernte ernähren. Die Blockade zehrt am Werte unseres Volkes. Tagtäglich gehen Tausende an Unterernährung zugrunde. Die Kohlenförderung steht in erschreckendem Maße. Zahllose Fabrikbetriebe stehen still. Eine ungeheure Armee von Arbeitslosen ist angewachsen. Täglich werden neue Bahnhöfe stillgelegt. Der spärliche Rest brauchbarer Lokomotiven bewältigt auch nicht mehr den notwendigen Teil an Verkehr und Transport.

Da lautet das erste Gebot: An die Arbeit! Nur sie kann uns retten. Jeder Streik führt uns einen Schritt näher dem Abgrund.

Wie in allen Verhandlungen mit den Vertretern der Arbeiter erklären wir auch heute:

Gleich wichtig wie die politische ist uns die wirtschaftliche Demokratie!

Nur sie kann alle Kräfte wachen und am Werke halten, die unsern völligen Untergang abwenden vermögen.

Wir sind dabei, das Geschick der wirtschaftlichen Demokratie zu klären:

Das einheitliche sozialistische Arbeiterrecht auf freierheitlicher Grundlage.

Wir werden die Organe der wirtschaftlichen Demokratie ausbauen: die Betriebsräte, wie wir sie schon bei den Verhandlungen mit den Arbeitgeberern aus dem Ruhrgebiet und aus Halle vorschlugen, die aus freiesten Wahlen hervorgegangene, berufene Vertreter aller Arbeiter sein müssen.

Wir werden das Ziel der wirtschaftlichen Demokratie erreichen: die konstitutionelle Fabrik auf demokratischer Grundlage. All das in Verbindung mit der Sozialisierung der Wirtschaftszweige, die sich, wie vor allem Bergwerke und Erzeugung von Energie zur Aneignahme in öffentlicher oder gemeinsamer wirtschaftlicher Bewirtschaftung eignen oder der öffentlichen Kontrolle unterstellt werden können.

Im neuen Deutschland soll Arbeit sozialistische Pflicht sein. Müßiggang und genußsüchtiges Drogenrausch mit allen Mitteln unterdrückt und ausgezerrt werden. Sonstwärts drum auf dem Wege organisch aufbauender Arbeit.

Wilde Sozialisierungsversuche oder, terroristischer Zwang gegen die Arbeiterkraft, bewaffneter Aufstand, Verhinderung des Reichs werden wir rücksichtslos bekämpfen. Uns ist jedes Menschenleben heilig. Die Revolution gibt keinen Freibrief auf Raub, Mord und Gewalttätigkeiten aller Art. Über allem steht das Leben des Volkes!

Wer sich an ihm vergreift, ist unser Feind! Die Stimme des Volkes wird ihn treffen.

Nach vier Jahren furchtbaren Krieges mit ungeheuren Verwüstungen von Kulturgütern und einem Meer von Blut wollen wir nicht, daß auch noch die Schrecken des Bürgerkrieges ent-

stehen möchten. Wir kämpfen, mit allem feinem Haß und feiner Zerrüttung unser Vaterland gerettet! Frieden nach innen und nach außen, Wiederaufbau und Wiedergenesung: das ist die Sehnsucht unseres leidenden Volkes!

Eine gewaltige Mehrheit von 22 Millionen Wählern hat uns zur Reichsregierung berufen. Steht zu uns, wie wir zu euch stehen! Das ganze Volk schließt sich uns an gegen Vergewaltigung, Verhöhnung, Zusammenbruch! Wenn wir einsig sind, ist uns die Zukunft gesichert!

Wir haben das Programm der Regierung wiedergegeben, um unserer Pflicht der objektiven Berichterstattung Genüge zu leisten, müssen aber festhalten, daß das Papier zu schade ist, auf dem dieses Programm abgedruckt ist.

Wir haben das geistige Niveau der Regierungsausschüsse, wie diese programmatische Fundamentierung, haben wir selbst von ihr nicht erwartet.

Das ganze Programm macht den Eindruck totaler Hilfslosigkeit und Verratenheit. In dem Augenblick, wo der Boden unter den Füßen der Regierung wankt, wo die Arbeiterkraft ganzer Provinzen sich spontan erhebt und die eigene Partei gegen die rechtssozialistischen Führer zu rebellieren anfängt, weiß das Kabinett nichts anderes zu bieten, als inhaltslose Phrasen über „Demokratie“, Verhöhnung eines „sozialistischen Arbeiterrechts auf freierheitlicher Grundlage“ und das hohe Ideal der „konstitutionellen Fabrik auf demokratischer Grundlage“. All das zusammen mit der Aufschüchternheit einer Sozialisierung der Bergwerke und Energiequellen, die einer Verstärkung des Staatskapitalismus verleiht.

Das ist das Programm, das die Regierung den Arbeitern zu bieten wagt.

Als ja, sie erwähnt noch den Ausbau der Betriebsräte als Organe der wirtschaftlichen Demokratie, sagt aber kein Wort über die Anerkennung des Räte-systems, das von ihren eigenen Anhängern immer stürmischer gefordert wird.

Soll man sich da noch wundern, daß in dem ganzen Programm kein Wort von Sozialismus, kein Atom sozialistischer Gedankens sind? Oder daß unmittelbar nach den leeren Klängen des Programms der Schatten des Koffers auftaucht und mit der „Strenge des Befehles“ droht?

Wir wundern uns nicht. Und auch die deutsche Arbeiterklasse wundert sich über nichts mehr, was von den Weimarer Herren kommt. Sie sind für sie erledigt, nachdem sie ihre völlige Unfähigkeit, ihre völlige Preisgabe aller sozialistischen Grundgesetze offenbart haben.

Das neue bayerische Ministerium.

München, 1. März. (W. T. B.) Der Rätekongress hat heute Sonnabend folgendes Ministerium gewählt: Präsident, Inneres und Kulturbau, Segig, Handel, Gewerbe und Industrie Simon, Außen, Justiz, Gendarmen, Finanzen Jaffe, Landwirtschaft Dietz, Soziale Fürsorge, Unterrichts, Militärische Angelegenheiten Schrid, Verkehr Braundorfer.

Ein neuer Zwischenfall in München.

München, 1. März. (W. T. B.) In der Vorbereitungsphase des Rätekongresses erschien eine Deputation im Hause, die mitteilte, daß gegen eine auf der Tagesordnung stehende Veranstaltung eine Versammlung, die abgehalten wurde, um zu einem einheitlichen Beschluß zu kommen, und die durchaus friedlich verlaufen sei, geschlossen wurde. Dabei hätte es drei Tote und neun Verwundete gegeben. Diese Mitteilung führte zu einer erregten Debatte, in der von verschiedenen Seiten die sofortige Abberufung bzw. Verhaftung des Stadtkommandanten Duerr verlangt wurde. Ein Vertreter der Soldaten, die ebenfalls an der Versammlung teilnahmen, berichtete unter anderem, daß eine Kompanie des 1. Regiments, die den Leuten gegenübergestellt wurde, sich vollkommen mit der Versammlung solidarisch erklärte. In Anbetracht dieser Vorgänge brachte der Arbeiterrat Landauer einen Antrag ein, sofort eine Exekutive zu schaffen, damit gegen alle, die die Ruhe und Ordnung stören, vorgegangen werden könnte. Der Antrag fand einstimmige Annahme; ebenso ein Antrag, die Soldatenräte Sanber und Simon zu Militärbeauftragten für München zu ernennen, die alle Befehle gegenzuzeichnen hätten.

Der Parteitag.

Sturmzeichen sind es, unter denen der Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratie, der erste nach der Revolution, heute zusammentritt. Ringsum züngeln die Flammen empor, und leicht können sie in einer einzigen großen Lohes zusammenzuschlagen.

Neue revolutionäre Gärung hat die deutsche Arbeiterklasse erfasst. Als Vorbereiterin und Trägerin der Revolution hat die Partei ihre geschichtliche Sendung erfüllt, als Fortführerin der Revolution muß sie sie vollenden. Das ist der Geist, der den Parteitag erfüllen, seine Beratungen und Beschlüsse befehlen muß.

Hoch türmen sich die Schwierigkeiten. Der Krieg hat Deutschland verarmt und verwüstet. Der Zusammenbruch hat der Arbeiterklasse ein Trümmerfeld hinterlassen, auf dem sie die neue Gesellschaft aufbauen soll. Hunger und Elend haben die vier Kriegsjahre hinterlassen, und eine bittere Verzweiflungstimmung hält viele Volksteile umfassen. Und immer neue Ereignisse türmen auf sie ein, steigern die Erregung, schaffen neue Situationen, und immer unbeherrschbarer scheint der Gang der Entwicklung zu werden.

Trotzdem: Es nützt kein Zagen, wir müssen durch, und nur dem Mutigen wird die sozialistische Welt gehören.

In der Not des Belagerungszustandes, in dem Elend des Krieges ist die Unabhängige Sozialdemokratie geboren worden; erst seit dem 9. November konnte sie, der früher alle Möglichkeit der Propaganda, der Organisation, der inneren Selbstverständigung fehlte, zur Partei werden. Noch ist die wirkliche Parteibildung, die Entwicklung der Presse, der Vereine, der Agitation, so stürmisch sie auch voranschreitet, noch in den Anfängen. Der Parteitag wird Sorge tragen müssen, daß für diese Entwicklung neue Formen gefunden, die Organisation ausgebaut, die Mittel zur Ausgestaltung der Parteipresse gefunden werden. Vor allem wird es nützlich, den Zusammenhang der Teile, die die Revolution gelockert, wieder fester zu fügen, die Verbindung der Organisationen mit der Zentrale enger zu gestalten, um größere Einheit und Wucht der Parteiführung zu erreichen. Denn so notwendig und heilsam die Selbstständigkeit und Initiative aller einzelnen Organisationen ist, so nötig ist die gegenseitige Verständigung und die Einheit des Handelns.

Diesem Handeln selbst muß der Parteitag klare Richtlinien geben. Denn Klarheit ist es vor allem, die wir von dem Parteitag erwarten.

Den Mittelpunkt der Verhandlungen wird daher auch die Erörterung über Programm und Taktik der Partei bilden.

Vom Erfurter Programm sind die Gegenwartsforderungen überholt, denn sie sind zum großen Teil erfüllt. Der grundsätzliche Teil aber ist durch die Revolution zu unserm Gegenwartsprogramm geworden.

Der Parteitag wird keinen Zweifel darüber lassen, daß er die Vergeßlichkeit der Produktionsmittel nicht als ein theoretisches Bekenntnis, sondern als die dringendste Aufgabe der proletarischen Politik ansieht. Die sofortige Sozialisierung einer Reihe der wichtigsten Produktionszweige ist nicht nur möglich, sondern sie muß sofort in Angriff genommen werden, wenn die Arbeiterklasse wieder mit voller Kraft die Produktion aufnehmen und die herrschende Anarchie unseres Wirtschaftslebens beseitigt werden soll.

Die Erörterung der Taktik aber muß dem Proletariat den Weg zur Macht weisen. Im Mittelpunkt wird da die Frage der Arbeiterräte stehen. Wir glauben, daß die Partei mit großer Einmütigkeit sich auf den Standpunkt stellen wird, daß das Räte-system erhalten und ausgebaut, daß von ihm in der revolutionären Periode wichtige wirtschaftliche und politische Funktionen erfüllt werden müssen. Dazu ist notwendig, daß die wirtschaftlichen und politischen Rechte der Räte geistlich umschrieben und ihre oberste Vertretung einen entsprechenden Platz in der Verfassung erhält. Die Erörterung wird sich wohl in der Hauptsache auf die Abgrenzung dieser Rechte erstrecken. Die Erfahrung

Einberufung des zweiten Rätekongresses.

den der Revolution haben gezeigt, daß die politische Demokratie einen notwendigen Übergang zur sozialistischen Demokratie bildet, daß aber bereits in der Übergangszeit verfassungsmäßige Befugnisse des Zentralrats der Arbeiter- räte eine unentbehrliche Ergänzung der politischen Demokratie bilden müssen.

Dann wird der Vorteil dazu übergehen können, sichere Grenzen nach rechts und links zu ziehen. Indem wir eine grundsätzliche sozialistische Politik fordern, die allen Opportunismus und jeden Kompromiß mit den bürgerlichen Parteien ablehnt, stellen wir uns in schärfsten Gegensatz zu der Politik der rechtssozialistischen Führer, die heute zu den Wegbereitern der Frontrevolution, zu den Helfershelfern der bürgerlichen Reaktion geworden sind. Gegen diese Politik gibt es für uns nur eines: den schärfsten, unerbitterlichsten Kampf.

Von der kommunistischen Partei aber trennt uns nicht das Endziel, nicht die Ungeduld, mit der wir es erwarten. Aber wir meinen, daß die Wege, die sie einschlägt, nicht zum Ziele führen, daß ihre Taktik das Proletariat zersplittert und schwächt, und daß die einfache Formel, alle Macht den Arbeiterräten, nicht ausreicht für die ungeheuer verwickelte und schwierige Situation, in der sich das Proletariat befindet.

Wenn der Parteitag seine Aufgabe der Klärung erfüllt, wird er die Grundlage geschaffen haben, auf der das Proletariat endlich auch in Deutschland seine Einheit wiederfinden kann. Der Opportunismus, die Grundlosigkeit der Führung hat das Proletariat gespalten. Nur auf revolutionärer Grundlage kann es seine Einheit wiederfinden. Und es muß sie wiederfinden, wenn es die ungeheuren Schwierigkeiten überwinden und zu seinem endgültigen Siege fortschreiten will.

Die Beratungen des Parteitages müssen sich vollziehen, während draußen die Massen in stürmischer Erregung sich befinden. Das gibt diesem Parteitag seine Signatur. Es ist eine Tagung der Revolution und ihr oberster Zweck ist, der Revolution zu dienen.

Die Streiklage in Mitteldeutschland.

Leipzig, 1. März, 17 Uhr. (Eigener Drahtbericht.) Die Beamten der höchsten Klassen, die die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung zu bewirken haben, und die im Streik sind, sind an die Streikleitung herangetreten mit dem Ultimatum, daß sie die Tätigkeit erst wieder aufnehmen würden, wenn Gaswerke, Elektrizitätswerk, Straßenbahn und Eisenbahn wieder in Betrieb sein würden. Es ist den Beamtenausschüssen, dem Oberbürgermeister und den Ratsherren erklärt worden, daß nur die bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit der Beamten in Betracht komme. Nach einigem Sträuben und nachdem mit Repressalien von uns gedroht wurde, erklärten sich die Beamten bereit, die Arbeit wieder aufzunehmen, und zwar am Montag. Nach noch unbestimmten Nachrichten sollen die Kohlenarbeiter in Borna nach Zugeständnissen der kaiserlichen Regierung die Arbeit wieder aufgenommen haben.

Götha, 1. März, 17 Uhr abends. (Eigener Drahtbericht.) Es wird nach wie vor gestreikt, sonst ist alles ruhig. Es ist eine Sozialisierungs-Vorbereitungs-Kommission eingesetzt worden. Es soll also hier praktische Arbeit geleistet werden. Diese vorbereitende Sozialisierungs-Kommission soll sich auch mit anderen Städten in Verbindung setzen, damit auch dort Detailliertes veranlaßt wird. Die Buchdrucker haben die Arbeit inzwischen wieder aufgenommen, so daß die Zeitungen wieder erscheinen. Auch die Lebensmittelverteilung ist organisiert. Der Gegenstreik des Bürgertums ist somit erloschen. Zwischenfälle haben sich bisher nicht ereignet. Die Post arbeitet wieder normal.

Walle a. S., 1. März. (Eigener Drahtbericht.) Nach wie vor alles ruhig. Alle entgegenstehenden Nachrichten sind unzutreffend. Der Streik ist nicht im Abflauen, sondern im Steigen begriffen. Selbst die Bandarbeiter von den großen Gütern, hieselbst im Mansfelder, haben sich der Bewegung angeschlossen. Die Milchversorgung für Kranke und Säuglinge ist sichergestellt. Ebenso die Lebensmittelversorgung. Der angebliche Einmarsch der Truppen beruht gleichfalls auf Erfindung. Von Gewalttätigkeiten der Spartakisten ist in Halle bisher nichts bemerkt worden. Als eine Warnung für Reisende nach Mitteldeutschland und Thüringen sowie Sachsen mag es gelten, daß die Bahnstrecke nach wie vor gesperrt ist, da die Eisenbahner immer noch streiken.

Berlin, 1. März, 12 Uhr. Die von der Reichsregierung entsandten Truppen sind in Halle eingezogen. Die Stadt ist ruhig. Die gesamte Bevölkerung zeigt große Befriedigung über die Befreiung von den Terroristen. Diese haben eine besondere sinnlose Tat des Vandalismus begangen, indem sie sämtliche Weichen der Gleisanlagen des Bahnhofs zerstörten. Diese Weichen müssen erst wieder hergestellt werden, bevor der regelmäßige Zugverkehr einleiten kann.

Wittenberg, Bez. Halle, 1. März. (Eigener Drahtbericht.) Um 13 Uhr hat ein Panzerzug mit acht Wagen die Station passiert, der nach Halle gefahren ist. Der Zug von Halle, der heute nachmittags 8 Uhr nach Weimar zwecks Verhandlungen fahren sollte, konnte nicht abgehen. In Wittenberg selbst ist ebenfalls Generalstreik. Es streikt alles bis auf die Eisenbahner.

Ein Aufruf an die Münchener Arbeiterschaft.

München, 1. März. (T. U.) Die sozialdemokratische Partei, die Unabhängige Sozialdemokratische Partei und die freien Gewerkschaften, wenden sich mit einem Aufruf an die Arbeiterschaft Münchens, der lautet: „Unverantwortliche Elemente wollen den Generalstreik erzwingen sowie die Straßenbahn, die Gasanstalt und die Elektrizitätswerke gewaltsam stilllegen und durch bewaffnete Bedrohung mit Gewehren und Revolvern die Arbeiterschaft zwingen, die Arbeit niederzulegen.“ In dem Aufrufe wird allgemein an die Verunft und an die Besonnenheit der Arbeiter appelliert, sich nicht mißbrauchen zu lassen.

Berwerfliche Hehe.

München, 1. März. (T. U.) Heute nachmittags wurden aus Flugzeugen ein Nürnberger Flugblatt abgeworfen mit der Unterschrift des Kommandos des III. Armeekorps. In diesem Flugblatt wird behauptet, daß in München eine kleine Gruppe Gewaltmenschen die Herrschaft an sich ergreifen wolle. Dagegen wehren

Berlin, 1. März. Der Zentralrat der Deutschen sozialistischen Republik (gez. R. Cohen) richtet an die Arbeiter, Bauern und Soldaten Deutschlands und Deutschösterreichs eine Einladung zum II. Kongreß der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte. In der es heißt:

Die Entwicklung der Dinge in Deutschland macht den Zusammentritt eines zweiten Kongresses nötig, der hierdurch auf Mittwoch, den 28. März nach Berlin einberufen wird. Damit auf diesem Kongreß die wahre Stimmung des arbeitenden Volkes zum Ausdruck kommt, sind Neuwahlen für die Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte absolut erforderlich.

Sollen die Neuwahlen aber auch nur einigermaßen ordnungsgemäß vor sich gehen, so dürfen die diesem Zweck festgesetzten Zeiträume, der großen technischen Schwierigkeiten wegen, nicht allzu knapp bemessen sein. Der Zentralrat hat die Zeitpanne so kurz wie irgend möglich eingesetzt und bittet die Parteigenossen im ganzen Land, sofort an die Arbeit zu gehen, damit sie auch innegehalten werden.

Die Befanntgabe der Tagesordnung, des Kongreßlokals und der Wahlkreiserteilung erfolgt in aller Kürze. Am wichtigsten war die Herausgabe der Richtlinien zur Vornahme der Wahlen, die nachstehend folgen:

Richtlinien für die Wahlen zum Rätekongreß.

1. Der zweite Kongreß der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte soll eine Zusammenfassung der Anschauungen der deutschen Arbeiter, Soldaten und Bauern ermöglichen. Hieraus ausgehend, soll sich der Kongreß aus Delegierten zusammensetzen, die gemäß den nachstehenden Richtlinien gewählt sind.

2. Um den Zweck des Kongresses zu erreichen, ist es erforderlich, daß die Arbeiter- (auch Bandarbeiter-), Soldaten- und Bauernräte neu gewählt werden. Eine Neuwahl kann unterbleiben, wenn die zur Zeit bestehenden Arbeiter- und Bauernräte im wesentlichen im Sinne der nachstehenden Richtlinien zusammengesetzt sind und Einspruch gegen die Unterlassung der Neuwahl seitens der zuständigen Parteiorganisationen nicht erfolgt. Die Neuwahlen müssen bis zum 16. März d. J. erfolgt sein. Sie finden nach den Grundsätzen der Verhältniswahl statt. Als Wahlbezirk gilt die Gemeinde (Stadt, Bürgermeisterei, Amtsbezirk, Gutsbezirk). Benachbarte Gemeinden können sich zu einem Wahlbezirk vereinigen. Den örtlichen Organisationen wird empfohlen, zur ordnungsgemäßen Durchführung der Wahlen die Hilfe der Gemeindebehörden in Anspruch zu nehmen.

In Wahlbezirken mit weniger als 10000 Einwohnern kann die Wahl in Wahlversammlungen stattfinden. In diesem Fall legitimiert sich der Wahlberechtigte durch seine Anwesenheit.

3. Wahlberechtigt und wählbar sind die Arbeiter und alle Personen beiderlei Geschlechts, die das 18. Lebensjahr erreicht haben und gegen Lohn oder Gehalt beschäftigt sind, sofern das Jahreseinkommen den Betrag von 10000 Mark nicht übersteigt. Als Wahlweis gilt eine vom Arbeitgeber ausgestellte Bescheinigung über Beschäftigung und Lohn- bzw. Gehaltshöhe. Arbeitslose Wahlberechtigte weisen sich durch Vorlage der Arbeitslosenkarte aus.

sich die Soldaten und Arbeiter von Amberg, Bayreuth, Sulzbach, Regensburg, Straubing, Erlangen, Ingolstadt, Grafenwöhr, Nürnberg und Fürth, die eine sozialistische Regierung und die sofortige Einberufung des Landtages verlangen. Dieses Flugblatt wird von zehnjährigen Mündenern als eine unerhörte Provokation zum Bruderkriege und als eine Verletzung der öffentlichen Meinung bezeichnet. Es wird betont, daß alle sozialistischen Parteien in München sich zusammen geschlossen haben, um die vorläufige Leitung der Geschäfte dem Zentralrat zu überweisen. Während hier in München alles versucht werde, um Blutvergießen zu verhindern, werde von außen her mit Eingriffen durch Waffen gedroht. Die Mündener Arbeiter und Soldaten wenden sich gegen die Idee, in politische Zwistigkeiten mit Rascheneingeweihten einzugreifen.

Keine Räterepublik Braunschweig.

Braunschweig, 1. März. (T. U.) Der heute vormittag im Schloß folgende Ausschuß der Braunschweiger Arbeiterschaft zur Beratung weiterer Maßnahmen über die Errichtung der Räterepublik sprach sich nach mehrstündiger Verhandlung dahin aus, daß die Ausrufung der Räterepublik verfrüht sei und beschloß, vorläufig davon Abstand zu nehmen. Es kam zum Ausdruck, daß die revolutionäre Arbeiterschaft Braunschweigs nach wie vor auf dem Boden der Räterepublik steht, aber den rechten Zeitpunkt für deren Errichtung in Braunschweig noch nicht als gekommen erachtet. Es wurde ein neunjähriges Aktionskomitee gebildet. In einer heute nachmittags vor dem Schloß abgehaltenen allgemeinen Arbeiterversammlung wurde beschlossen, am Montag in allen Betrieben Braunschweigs eine Abstimmung vorzunehmen, ob die Arbeiterschaft für sofortige Ausrufung der Räterepublik ist oder ob sie einstweilen noch davon Abstand nehmen will.

Bürgerstreik in Berlin?

Der Bürgerrat von Groß-Berlin erläßt einen Aufruf an Bürger und Bürgerinnen mit der Aufforderung, dem drohenden Generalstreik den Streik der Bürger entgegenzusetzen.

Auch aus dieser Kundgebung ist deutlich zu ersehen, daß das Bürgertum von Groß-Berlin zum Schläge gegen die Arbeiterklasse gerüstet ist. Auf die Entschuldigungen der Arbeiterschaft wird diese Drohung ohne Einfluß bleiben. Sie weiß, daß im wirtschaftlichen Kampf die Arbeiter als die Werte schaffenden Kräfte die entscheidende Macht haben.

Jagow der Zweite.

Matwunde, der Kommandant von Berlin, erläßt einen Aufruf an die Bevölkerung, in dem es heißt:

„Von unverantwortlicher Seite werden die Arbeiter und Arbeitsskizzen aufgefordert, in Massen auf die Straße zu gehen.“

Wir bitten dringend alle besonnenen Arbeiter und Bürger Berlins, diesen Aufforderungen nicht nachzugeben und gleichzeitig auf die eingewirkten, die die Straße zum Tummelplatz ihrer politischen Meinungen und Leidenschaft werden wollen.

Die Straßen und Plätze müssen freigehalten werden.

Die Maßnahmen der Regierung, die getroffen werden, richten sich nicht gegen Arbeiter und Bürger Berlins, sondern nur gegen die Elemente, welche als Räter, Vandalen und

4. In Orten mit überwiegend Landwirtschaft treibender Bevölkerung sollen neben den Arbeiterräten bzw. Bauernarbeiterräten eine entsprechende Anzahl Bauernräte gewählt werden. Die Wahl erfolgt in derselben Weise wie zu den Arbeiterräten. Wahlberechtigt und wählbar sind alle über 20 Jahre alten Personen, die einen landwirtschaftlichen Betrieb zu eigen oder in Pacht haben, und die im Betrieb beschäftigten über 20 Jahre alten Familienangehörigen.

5. Bei weiteren Einzelheiten des Wahlverfahrens, insbesondere die Festlegung der Zahl der Arbeiter- und Bauernräte bleibt dem einzelnen Wahlbezirk überlassen.

6. Die Delegierten zum zweiten Rätekongreß sind bis zum 21. März d. J. auf den für die Wahlweise einberufenen Konferenzen der Arbeiter- und Bauernräte nach den Grundsätzen der Verhältniswahl zu wählen. Die Einladungen zur Wahlkreis-Konferenz erfolgen von der Arbeiter- und Bauernrats-Zentrale des Wahlkreises.

Die Anzahl der auf die einzelnen auf der Konferenz vertretenen Arbeiter- und Bauernräte entfallenden Stimmen, richtet sich nach der Einwohnerzahl. Auf je 5000 Einwohner entfällt eine Stimme. Wahlbezirke mit weniger als 5000 Einwohnern haben ebenfalls eine Stimme.

Es werden folgende Wahlkreise gebildet; für jeden Wahlkreis sind Delegierte zu wählen:

(Wahlkreise werden noch veröffentlicht.)

Bei dieser Verteilung ist darauf Rücksicht genommen, daß auf je 250000 Einwohner ein Kongreßdelegierter entfällt.

Ueber die Wahl der Delegierten ist ein von der Konferenzleitung unterzeichnetes Wahlprotokoll anzufertigen. Von Delegierten zum Rätekongreß ist ein auf den Inhaber lautendes Mandat auszustellen, welches von mindestens zwei der Unterzeichneten des Wahlprotokolls unterschrieben sein muß.

7. Bei allen Truppenanteilen, bei denen die bestehenden Soldatenräte nicht gemäß dem Erlass des R. U. M. vom 19. 1. 19 werden gewählt worden sind oder bei denen überhaupt noch keine Soldatenräte bestehen, hat bis zum 16. März 1919 eine Neuwahl auf der in diesem Erlass vorgeschriebenen Grundlage zu erfolgen.

Auf die Soldatenräte eines jeden Truppenkorps entfällt ein Kongreßdelegierter. Die Wahl findet in Versammlungen der Soldatenräte der einzelnen Truppenkorps statt. Außerdem wählen die Marineformationen Offizier und Kosaken je einen Vertreter, ebenso die Küstren.

In der Einladung an den Reichsausschuß der Arbeiterräte Österreichs, und den Reichsausschuß der Soldatenräte Österreichs heißt es:

Der Zentralrat hat beschlossen, einen zweiten Rätekongreß einzuberufen. Er legt auf die Kameradschaft der österreichischen Genossen den größten Wert und läßt Euch herzlich begrüßen. Euch in der gleichen Weise an dem Kongreß zu beteiligen wie die Arbeiter, Bauern und Soldaten der deutschen Republik.

Der Zentralrat rechnet bestimmt auf Euer Erscheinen und er hofft, daß das deutsche Volk Euch von Herzen willkommen heißen wird, wenn Ihr an dieser Tagung teilnehmt und damit der ganzen Welt den Beweis erbringt, daß das Volk Deutschlands und Deutsch-Österreichs zusammengehört und sich nicht mehr voneinander trennen lassen wird.

Diese eventuelle Ansammlung in den Straßen für ihre unsauteren Zwecke bemühen.“

Die Straße gehört dem Verkehr! Ich meine Neugierigkeitsverfälscher der früheren Polizeipräsident von Berlin, Herr von Jagow, und wollte damit die den Junkern und Schatzhunden modernen unbehaglichen Wahlrechtsveränderungen verweigern. Matwunde schaut ihn nach; er will im Namen der „sozialistischen Freiheit“ die Straße nicht zum Tummelplatz politischer Meinungen gemacht wissen.

Da ihm aber die geistigen Gründe dazu fehlen, behauptet er, die Maßnahme richte sich nur gegen die Diebe, Räuber und Plünderer. Es ist eine unglaubliche Frechheit, die Berliner Arbeiterschaft mit dem Befehl in einem Monolog zu nennen, eine Freiheit, die sich sogar ein Jagow nicht erlauben hätte.

Volkerversammlung der kommunalen Arbeiterräte Groß-Berlins.

Einmütige Kundgebung für Erhaltung der Arbeiterräte und den Rätekongreß.

Die gewaltige Entwicklung zugunsten einer entschiedenen sozialistischen Politik, die sich in den letzten Tagen innerhalb der Berliner Arbeiterschaft vollzog, kam auch auf der heutigen Versammlung der kommunalen Arbeiterräte der Groß-Berliner Gemeinden deutlich zum Ausdruck. Nach am Mittwoch habe bekanntlich die rechtssozialistische Fraktion sich für die Aufhebung der Arbeiterräte in den Kommunen ausgesprochen. Wofür sagten sie es nicht einmal, der Volkerversammlung über Befreiung zu unterbreiten. Vielmehr stimmten auch die rechtssozialistischen Arbeiterräte geschlossen (mit einer Ausnahme von vier Mann, darunter Labemann) für eine Resolution, die sich rückhaltlos für das Weiterbestehen und die Befestigung der Arbeiterräte aussprach. Die Einberufung eines allgemeinen Rätekongresses, an dem auch kommunale Arbeiterräte beteiligt sein sollen, wurde ebenfalls einstimmig beschlossen. Und so konnte denn der Vorsitzende (ein Rechtssozialist) am Schluß der Versammlung mit Worten feststellen, daß noch nie eine so eindrucksvolle Versammlung der kommunalen Arbeiterräte getagt habe, deren Teilnehmer sich so einmütig auf einen Kaden gestellt habe, der es ermöglicht, geschlossen die Beratungen der Revolution zu führen.

Die Verhandlungen wurden von Gaffes (Rechtssozialist) eröffnet und geleitet. Zum ersten Punkt der Tagesordnung „Tätigkeit der kommunalen Arbeiterräte nach den Wahlen der Gemeindevertretung“ bemerkte er einleitend, daß der Unterhaushaltsekretär v. Gerlach erklärt habe, die Gemeindeverbände und Magistrate könnten durch eine Notverordnung nicht aufgelöst werden, nachdem die preussische Landesversammlung einberufen worden sei. Der Redner erklärte dazu mit erhobener Stimme, daß solange die alten Gemeindeverbände und Magistrate bestehen, die Weiterexistenz der kommunalen Arbeiterräte unbedingt notwendig sei. (Vorbefestigung Zustimmung.) Während seiner vieljährigen Tätigkeit als Gemeindevorsteher habe er nicht einen derartigen Einbruch in die Gemeindeverwaltung erhalten und auf deren Tätigkeit in ein so hohes Maß einwirken können, als in der kurzen Zeit seines Wirkens als Arbeiterrat. (Vorbefestigung Zustimmung.)

Vorherr (U. S. P. D.) äußerte sich im selben Sinne. Bei Entscheidung über die Aufhebung oder Weiterexistenz der kommunalen Arbeiterräte sollte man sich nicht von reinlichen lokalen Gesichtspunkten leiten lassen. Es handele sich um eine prinzipielle Frage, die auch über die Grenzen Berlins hinaus von Bedeutung sei. Die Aufhebung der kommunalen Arbeiterräte würde auch die Aufhebung der Zentralräte, die die Zentralräte kontrollieren, nach sich ziehen. Die Kommunalität der Arbeiterräte in den Gemeindevertretungen werde durch die Neuwahl der

Wahlberechtigung nicht besteht, und diese könnten die Kontrolle der U.-R. nicht erfüllen.
Dr. Daffe (S. P. D.) erklärte sich ebenfalls für das Weiterbestehen der Arbeiterräte, die im Interesse des Proletariats unbedingt notwendig seien. Die Nationalversammlung habe nicht die gewöhnliche Demokratie gebracht. Sie habe eine Pluralverfassung aufgestellt (S. 66. Zustimmung).
Rieger (N. D. M. D.) vertrat, daß die Versammlung sich prinzipiell für das Rätesystem als das einzige Organ zur Verwirklichung unserer sozialistischen und kommunistischen Ziele erkläre. Einige Redner der sozialistischen Fraktion, die zwar auch nicht die sofortige Aufhebung der kommunalen Arbeiterräte fordern, beschließen derartige, daß die bisherige Tätigkeit der Arbeiterräte durch die sozialistischen Gemeindevorstände übernommen werden könnten. Sie fanden bei der Versammlung lebhaften Widerspruch.
Richard Müller gab für den Volksguard die Erklärung ab, daß dieser auch nach den Wahlen eine Überwindung der Gemeindevorstellungen durch die Arbeiterräte für notwendig halte, wenigstens solange, bis diese geschaffen seien, die eine solche sozialistische Entwicklung in der Kommune gewährleisten.
Es wurde darauf folgende Resolution gegen 4 Stimmen angenommen:

Die im Entwurf des Programms beifolgende Indikation der direkten Gesetzgebung durch das Volk, das Vorschlags- und Verwerfungswort durch das Volk kann nur durch die bestehende Einrichtung der U.-R. gesichert werden. Wir verlangen, daß diese Institution vervollständigt wird, und daß im Gesetz deren Wirken so lange gesichert wird, bis die Gesetzgebung im sozialistischen Sinne wirken kann. Solange noch die alten Beamten in Gemeinde, Polizei, Kreis, Provinz nicht im sozialistischen Geiste durchdrungen sind, darf diese Kontrollinstitution nicht aufgehoben werden.

Der Antrag Dr. Rosenfelds wurde einstimmig beschlossen, die Regierung aufzufordern, die noch bestehenden alten Magistrats- und Gemeindevorstände sofort aufzulösen und Kommunalen anganzustellen.
Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Finanzierung des Berliner Volksguard“, teilte Richard Müller mit, daß nach einer Erklärung des Oberpräsidenten von Preußen in den nächsten Tagen eine Besetzung erfolgen werde, wonach die Gemeinden zur Deckung der Kosten des Volksguardes aufgefordert werden. Die Forderung dieses Angebots wurde daraufhin als zur nächsten Versammlung beizubringen.

Es wurden dann noch verschiedene Anträge an den Volksguard beschlossen. So wurde verlangt, daß ein Drittel der Mitglieder des Berliner Volksguard aus kommunalen Arbeiterräten bestehen soll. Ferner wurde protestiert gegen die Ernennung einiger Magistrats mit den Vorkommnissen, wodurch die Würdigung des Volkes verunruhigt werde. Dieser Vorstoß richtet sich gegen die Gemeinden, die die Befähigung arbeitsloser Arbeiter auf Kosten der Volksguarden beschaffen haben. Weiter sollen Schritte unternommen werden, damit die erwerbslosen Arbeiter, die Kriegsunfähigkeitsbescheinigungen besitzen, auch die Gewerkschaften unterstützen werden. Diese Forderungen sollen durch eine Kommission, bestehend aus Dr. Wisse und Frau Deutschmann dem Berliner Volksguard unterbreitet werden.

Die „Einnahmemaßnahmen zum Rätesystem“ wurde ohne Diskussion erledigt. Nach der kurzen Erklärung des Vorsitzenden, daß die Entwicklung der Verhältnisse die stärkste Einbeziehung des Rätesystems zu einer historischen Notwendigkeit mache, wurde ein solcher Antrag einstimmig beschlossen. Die Versammlung ersuchte den Vorstand, bei Ausarbeitung des Beschlusses zum Rätesystem auch den kommunalen Arbeiterräten eine Vertretung zu sichern.

Eine längere Diskussion entspann sich über die Frage, ob Mitglieder der Arbeiterräte zugleich Gemeindevorsteher und Gemeindevorstände sein dürfen. Es wurde beschlossen, die Aufhebung über diese Frage den einzelnen Kommunen zu überlassen.

Schwermetallgesetz vom Reichspräsident: In der Verordnung wird ausdrücklich gesagt, daß die Überwindung sich nicht auf militärische oder politische Angelegenheiten erstrecken darf.
Die drei Gesetze wurden in allen drei Lesungen angenommen.
Der Weg Lüge (S. P. D., Gröber (S. P. D.) und v. Bayer (D. M. D.) beantragten einen Gesetzentwurf, der die Reichsregierung ermächtigt, während der Tagung der Nationalversammlung diejenigen wirtschaftlichen und finanziellen Maßnahmen mit gesetzlicher Wirkung anzunehmen, die sich zur Durchführung der Massenbillhandelsbedingungen als notwendig erweisen. Diese Beschlüsse sind der Nationalversammlung alsbald zur Kenntnis zu bringen und auf ihre Verlangen beizubringen. — Der Gesetzentwurf wird in allen drei Lesungen einstimmig angenommen, ebenso die Vorlage zum Entwurf gegen die Folgen der Verleumdung (Verlängerung von Hofungsfrist, Einstellung der Prozesskosten etc.). Ebenfalls wird der Gesetzentwurf angenommen, durch welchen für Leistungen, die in dem von den feindlichen Mächten besetzten Reichsgebieten außer Acht gelassen sind, gemäß den Massenbillhandelsbedingungen für den Inhalt der feindlichen Besatzungsgruppen bewirkt werden sind, Vergütung gewährt werden solle.

Bei der dritten Lesung des Entwurfs des Arbeitsgesetzgesetzes beantragte Weg Dr. Wisse (K. D. M. D.) die Verabschiedung über die Sicherung der Arbeiter- und Arbeiterinnen-Versicherung: Es ist ein Verstoß zu glauben, daß man mit einer Verordnung, wonach kommunale Arbeitervereine befreit werden sollen, die Produktion der Landwirtschaft vermehrt. Das Gesetz stellt eine Ausnahmemaßnahme dar und macht die Kommune unzulässig. Die ganze Sozialwirtschaft hat die Moral gebrochen (S. 66. Zustimmung).

Hg. Otto Braun (S. P. D.): Von allen Verordnungen der Nationalversammlung ist die vom Reichspräsidenten angeordnete Landwirtschaftliche eine der wichtigsten und wichtigsten. Ihre Aufrechterhaltung ist unter allen Umständen gesichert. Betroffen von ihr sind nur ein Teil der Bevölkerung und Boden, der keine Hilfe gegenüber der Allgemeinheit nicht erbringt. Er hat dadurch das Verfügungsrecht über seinen Besitz einzeln bewahrt (S. 66. Zustimmung, S. 6. S. 6.).

Hg. Wurm (S. P. D.): Der von Dr. Wisse jetzt so stark behauptete Verstoß haben die Arbeiter solange ohne Widerspruch hingenommen, wie sie wußten, daß sie durch die Verwirklichung der Wirtschaft in Frage kommen. Jetzt, wo diese Verhältnisse sich ändern, ist es nicht mehr möglich, daß die Verordnung nicht auf dem Papier stehen bleibt, sondern bewirkt wird. Ich habe diese Verordnung im Reichspräsidenten gemeinsam mit Braun ausgearbeitet. Wenn jetzt noch Landarbeiter ein Jahrereinstimmen von nur 2000 Mark haben (S. 66. Zustimmung), dann ist es kein Wunder, daß es an Arbeitern fehlt (S. 66. Zustimmung).

Darauf wird Verlesung des 44. Nr. nachmittags ein.

Ratsmittags-Sitzung.
Hg. Dr. Wisse (K. D. M. D.): Es handelt sich hier um ein Wahlgesetz gegen die Verantwortlichkeit (S. 66. Zustimmung).
Hg. Dr. Heim (D. M. D., Bauernbund): Dem Bauernrat ist es oft aus dem Mund gekommen und dem Volk bekannt, daß man seine Entscheidungen nicht anerkennen will. Die alte Verordnung hätte vollkommen genügt. Der Zwang in der Verteilung der Agrarprodukte ist durchaus noch nicht entbehrlich. Wir werden auch in der Zukunft nicht über einen Anbauzwang hinwegkommen.
Hg. Otto Braun (S. P. D.): Damit die von Herrn Wisse angeordnete Verordnung wirksam werden konnte, mußte sie härter als die frühere gefaßt werden. In den Bauern- und Landarbeiterkreisen habe ich doch mehr Vertrauen als zu den Landräten oder den Ämtern. Die Verordnung ist eine Notverordnung.

Hg. Wurm (S. P. D.): Wer ist Schuld, daß gerade jetzt in Mitteldeutschland die Streikbewegung ausgebrochen ist? (S. 66. Zustimmung, S. 6. S. 6.). Die Bergarbeiter in den Braunkohlengruben haben schon vor 14 Tagen die Einstellung der Produktion als Beginn der Sozialisierung gefordert und gleichzeitig erklärt, daß sie zwar alles tun würden, um einen Streik zu vermeiden, daß diese aber sicher kommen würde, wenn die Forderung abgelehnt würde. Die Arbeiter wollen die Demokratie auch in den Betrieben zum Ausdruck bringen, und die Betriebsräte sind das geeignete Mittel, um auf ruhiger, friedlicher Basis das Ziel, die Sozialisierung zu erreichen. Kein Wunder, wenn die Ablehnung die Anruhe in diesen Bergarbeiterkreisen so gesteigert hat, daß jetzt die extreme Richtung, die auch unsere Sympathie nicht hat und nie gehabt hat, die Oberhand gewinnt. Mit der alten Willkürmacht darf man diesen Entwicklung nicht entgegenstellen. Wir weisen jedenfalls diesen Weg nicht von uns ab. (Zuruf des sozialistischen Justizministers Heine: Haben Sie aber unterschätzt!) (Hg. Herr Justizminister Heine, haben wir ihn unterschätzt?) (Justizminister Heine: Für Sie ist die „Freiheit“, heißt jetzt schlimmer, als es die „Kette“ heißt!) (Zuruf des Reichspräsidenten: Das ist unweigerlich, die „Freiheit“ hat niemals zu Gewalttätigkeiten geführt. Sie hat sich immer gegen Furcht und Waffengewalt gewendet. Weisen Sie, Herr Heine, auf Ihre Behauptungen. Es ist kein ehrenvoller Standpunkt für einen Sozialdemokraten, von rechts Weisfall zu bekommen.) (Justizminister Heine: Sie haben ja im Reichstag immer mit der äußersten Rechten gegen und gekämpft!) Wenn zwei Parteien tun, so ist es nicht das Beste. Wenn Sie so furchtbare Folgen der Sozialisierung voraussehen, warum machen Sie sich dann nicht klar, daß eine derartige Sozialreform vermieden, daß im Interesse des Landes nachgegeben werden muß. Die Arbeiter haben lange genug unter dem kapitalistischen Joch gelitten. Sie müssen jetzt praktisch mitarbeiten und mitbestimmen das Recht haben und das werden sie sich nicht nehmen lassen. (Zuruf des Reichspräsidenten: Das ist ein Widerspruch.) (S. 66. Zustimmung).

Reichsminister Bauer berichtet eingehend über die Verhandlungen, die am 15. und 14. Februar in Weimar mit den Vertretern der Bergarbeiter des Ruhrgebietes, der sogenannten Neuenkommission und den Vertretern des Bergarbeiterverbandes Halle über die Frage der Betriebsräte stattgefunden haben. In diesen Verhandlungen war ein weites Einverständnis erzielt worden. Auch über die letzte Streitfrage, daß die getroffenen Vereinbarungen nicht sofort in Kraft treten sollten und könnten, daß sie vielmehr einwöchentlich als Mittelmaß einzuwirken und später von der Nationalversammlung in gesetzlicher Form gebracht werden sollten. Nach Abschluß der Verhandlungen sind die Vertreter der Neuenkommission in Weimar in der Versammlung, in der sie Bericht erstatteten, für den Generalkreis eingetreten. Dieser wurde aber nur von Unabhängigen und Spatzkassen beschlossen und kam deshalb nicht zur Durchführung.

Hg. Wisse ging mit ein Telegramm zu, in dem der Bergarbeiterverband die umgehende Zusage verlangte, daß die getroffenen Vereinbarungen bis Sonntag, als vorigen Sonntag, Geltung erlangen sollen. Was ist daraus amnestie. Das dies nicht möglich sei, wurde am Sonntag der Generalrat beschlossen. Es wurde, wie sich aus dem Verlauf der Dinge ergibt, nicht wegen dieser Differenz beklagt, sondern aus politischen Gründen (S. 66. Zustimmung); nachdem die Kommission Dersou, die hier in Weimar mit uns diese Vereinbarungen getroffen haben, ihrer Versammlung darüber in einer Weise Bericht erstattet haben, die in keiner Weise der Wahrheit entspricht. Die Verhandlungen und Beschlüsse in den Versammlungen betreffen, das leider, leider doch mehr ist, was der Hg. Wurm nicht wahr haben will; das es Arbeiterfrage nicht die in ziemlich leistungsfähiger Weise Streiks ausgeht, nur um politische Gründe zu machen. (S. 66. Zustimmung, S. 6. S. 6.).

Hg. Wisse (S. P. D.): Mit dem wirtschaftlichen Zustand der drei Gesetzentwürfe sind wir einverstanden. Wir sind auch bereit, daß die Regierung nicht beschäftigt, die Einsetzung von Schlichtern und Druckern möglichst zu einer militärischen politischen Front zu misbrauchen, wie das unter dem alten System geschahen ist, was sogar die Aufhebung der Reichs-Blattverordnung vorschreiben mte. Immerhin lssen wir um eine Regierungsbildung an dieser Front.

Durchführung für das ganze Reich bekannt. Man hat den Generalkreis verlegt, damit Regierung und Nationalversammlung abstimmen können, so steht es nchlich in der Resolution. (S. 66. Zustimmung) Der Bericht im Reichsland Kommunistengebiet und ebenso der in Leipzig ist tatsächlich, da hilft kein Weiden, aus politischen Gründen, dem entgegen. Es ist die revolutionäre Gymnastik, die dabei zum Ausdruck kommt, es ist das Bestreben, durch ewige Unruhe und Unruhe die Wirtschaft zu zerstören, die Bestrebungen für eine neue soziale Revolution und damit für die Einführung der Arbeiterfrage zu kämpfen. Nchlich liegen die Dinge in der Sozialfragefrage, wenn die Sozialisierung, wie Hg. Wurm behauptet (S. 6. S. 6.), nicht geschehen wären, im Augenblick nicht durchgeführt werden kann, sucht man in agitatorisch demagogischer Weise die Arbeiter mit Wrtinnen gegen die Regierung zu entfachen. Dabei kann ich mitteilen, daß die Dinge schon in Flug sind, daß in frgeher Geist der Nationalversammlung eine Verlegenheit gegeben wird, die die Arbeiter der Kohlenindustrie auf das Reich als erste Kagnahme vorkaufe.

Zum Schluß wandte sich Redner gegen den Vorwurf, daß die Regierung ohne zwingende Not Gewalt anwende. Die Regierung ist froh, wenn sie keine Gewalt anwenden braucht, aber sie ist froh, wenn sie sie anwenden mste, um Gewalttten und äußerliche Strkungen und Wrtinnen verbodener Elemente zu verhindern (S. 66. Zustimmung).

Reichsjustizminister Landberg: Herr Wurm wirft uns vor, daß wir nicht genug zur Sozialisierung getan haben. Wir haben kein Gesetz, als noch die Unabhängigen in der Regierung waren, die Sozialisierungskommission eingesetzt. Dieser Gedanke ging gerade vom Hg. Wurm aus. (S. 66. Zustimmung) Diese Kommission, in der zum Teil Unabhängige sitzen, ist bisher lediglich vorgeschlagen, die Schge des Grund und Bodens für Nationalisierung zu erklären.

Hg. Dr. Wisse (S. P. D.): Mein Freund Wurm möchte leider abweisen, weil er wegen seiner Position in Berlin beginnt. Heute und ich sind dazu bereit, allein hier weiter an der Versammlung teilzunehmen. (Vizepräsident Schulz rügt die letzte Wendung.) Dem Reichsminister Bauer habe ich zu erwidern, daß die Delegation an dem mitteldeutschen Industriegebiet seine Unmacht zum endgültigen Abschluß von Verhandlungen hat, sondern kein Auftraggeber bestnde die Bedingungen der Regierung mitteilen konnten. Es ist nicht richtig, daß der Parteivorstand der U. S. P. D. den Plan des Vorwrtensklub schon vorher kannte. Ledebour, der allein in Frage kommen konnte, bestnde damals schon dem Vorstand nicht mehr an. Die Arbeiter bestnden sich mit Recht darüber, daß die Regierung eine Politik mit doppeltem Boden treibt. Alle Versprechungen über geplante Sozialisierungen werden nichts nähen, aber man nicht die richtigen Leute mit der Sozialisierung betraut. Niemand könnte die Verdrängung und die unzulänglichen Fähigkeiten des Ministeriums Wisse höher als ich, aber gerade er ist als letzter Schüler Cobden für die Durchführung der Sozialisierung am wenigsten geeignet. Wir werden die angeforderte Mobilisation des Arbeiterwillens mit aller Unabhängigkeit prüfen, aber wenn damit das konstitutionelle Fabriksystem erreicht werden soll, so will ich gleich sagen, daß diese Form heute schon überholt ist und die Arbeiter nicht mehr betriebliehen kann.

Nach Entschlssungen der drei Minister Bauer, Wisse und Heine wird das Gesetz in der Gesamtsitzung mit großer Mehrheit angenommen. Die von den Delegationen beantragte Entschlssung, wonach die erwähnten 3 Verordnungen der Kommission zur schnigen Detailausarbeitung werden sollen, wird gegen die Stimmen der U. S. P. D. und der meisten S. P. D. ebenfalls angenommen.
Nächste Sitzung Montag 10 Uhr. (Fortsetzung der Beratung der ersten Lesung des Verfassungsentwurfs.)

Groß-Berlin.

Die Delegierten zum Parteitag treffen sich heute mittag 1 Uhr im Herrenhaus, Zimmer 20.

Belanntmachung.
Am Montag, den 3. März 1919, vormittags 10 Uhr, findet im Generalkreishaus, Engelsufer 15, eine **Vollversammlung** der **Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte** statt.

- Tagesordnung:**
1. Bericht über die Verhandlung mit dem Reichsrat über Einberufung des Reichspräsidenten. Weitere Beschlssung.
 2. Diskussion.
 3. Erledigung der Tagesordnung der Vollversammlung vom 26. Februar 1919.

Der **Volksguard** der **Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte**.
Richard Müller. Paul Reue.

Achtung! Spandauer Arbeiterräte!
Sämtliche Arbeiterräte der U. S. P. D. und S. P. D. müssen am Montag früh sofort zu Beginn der Arbeitzeit in ihren Betrieben in Spandau sein. Zur Vollversammlung jmtlicher Groß-Berliner U.- und S.-Rte, die am Montag vormittag stattfindet, wird erst von Spandau aus gefahren.

Aus den Organisationen.

ReichsRat. Dienstag nachmittag 5 Uhr findet im Rathaus (Stabsbezirk) eine Sitzung der 24 Delegierten mit dem Vorstand statt. Besetzung des Wahlmodus für den Arbeiterrat. Geheimes bringen notwendig.

Tagel. Montag, 3. März, abends 7 Uhr, Werktagssitzung der U. S. P. D. im Lokal von Wagner, Trankweg, Ecke Gürtelstraße, Gürtelstraße. Montag, 3. März, abends 6 Uhr, Handwerker-Versammlung von den Schloschlohusern der Gruppen aus, 4. und 5. Gruppe vom Lokal Gürtel, Berliner Str. 60. Dienstag, 4. März, abends 7 1/2 Uhr, stiftliche Versammlung im Saal von Wabe, Bringer-Wiese 10. Referent: Vizeleider Dr. Decker. Thema: „Sozialisierungsprobleme“.

ReichsRat. Montag, 3. März, abends 8 Uhr, Jugendvereinsversammlung, ansthend eine kleine Feier. Alle Jugendvereine nach Kämpfen sind herzlich willkommen. Das Jugendheim befindet sich Schwanenbrger Str. 15.

Obwohl. Heute Sonntag abends 8 1/2 Uhr stiftliche Versammlung in der Halle des Realgymnasiums. Ref.: Genosse Bruno Bloch über „Was geht im Reich vor?“

Schwarz. Dienstag, 4. März, abends 10 Uhr, im Gürtel, Thema: „Sozialisierungsprobleme“.

Spiel und Sport.
Fußball, Arbeiterturn- und Sportverein Stralau I spielt heute gegen „Stein Turnerschaft Wilmersdorf“. Uhr: 11-12 Uhr, Anfang 8 1/2 Uhr, Stralau II — „Fichte 011“ in Reinickendorf.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Willems, ReichsRat. — Verleger: Hermann Willems, ReichsRat. — Druck: Druckerei des ReichsRats, ReichsRat. — Vertrieb: ReichsRat.

Deutsche Nationalversammlung.

18. Sitzung, Sonnabend, den 1. März 1919, 10 Uhr.

Der Abg. Merges - Braun (S. P. D.) hat das Kantat niedergelegt. Durch erfolgt die Verlesung des von jmtlichen 87 weislichen Mitgliedern der Nationalversammlung eingebrachten Antrages Frau Agnes und Gen. Der Antrag fordert unabhängige Aufhebung der Hungerblende und sofortige Durchführung der deutschen Kriegsleistungen. Den Antrag begründet die Abg. Frau Reuhaus (S. P. D.) im Namen des deutschen Volkes für diese Rede (S. 66. Zustimmung).

Nach Verhandlung gelangt darauf die von kmtlichen Parteien mit Ausnahme der U. S. P. D. eingebrachte Entschlssung, die die Wrtinnenfrage Deutschlands in seine Nationalen Rechte fordert.
Kolonialminister Dr. See beglndet es als einen Blick in die Zukunft. Er über die kolonialen Fragen eine erste, wichtige Vereinbarung zwischen Regierung, Parlament und Volk besteht. Er bezieht die werden in der Form getroffenen Entscheidungen. Deutschland erwartet von seinen Gegnern Wrtinnen der Wrtinnen. Der Artikel 19 des Grundgesetzes des Völkerbundes trifft nun über die deutschen Kolonialbestimmungen, die unter dem Zeichen des Rechtsfriedens verhandelt werden müssen. Eine gewaltttische Abwicklung von der Weltwirtschaft möchte ein unabhängiges und für den Weltfrieden verhngnisvolles Unrecht. Das Kolonialproblem möchte einer Weise gelöst werden, die Schwr für einen unabhängigen Völkerbund und dauernden Weltfrieden bietet. (S. 66. Zustimmung).

Hg. Genke (U. S. P. D.): In Vereinbarung mit den Beschlüssen des internationalen Kongresses von Stuttgart im Jahre 1907 sowie des Pariser Kongresses der Sozialdemokratie vom selben Jahre erbilden wir in dem kolonialen Kapitalismus ein Mittel zur Ausbeutung und Unterdrückung fremder Völker. Ein Kolonialismus erkennen wir keinem Staat zu, weder dem deutschen noch einem fremden, mit dessen Bestehen die vom Reichsminister Dr. See erklärte Weltwirtschaft abhängt.

Die Entschlssung wird gegen die Stimmen der haben anwesenden Unabhängigen angenommen. (S. 66. Zustimmung).
Es folgt die erste und zweite Beratung des Gesetzentwurfes betr. Verbot des Agriobandels mit deutschen Banknoten und Darlehensschulden. Damit verbunden wird die erste und zweite Beratung des Gesetzentwurfes zur Wrtinnenfrage der Ordnung über unabhängige Wrtinnen über die 22. März 1917 sowie des Gesetzentwurfes über die Einführung von Schichten, Druckern, Wrtinnen, Einführung von Schichten beim Grenzverkehr nach dem Ausland. Dem Reichsminister soll zur Ergnzung des Zugelasses auf unabhängige Wrtinnen die Befugnis erteilt werden, ein unabhängiges Wrtinnenverbot und ein Verbot der Veräußerung oder Verpfändung solcher Wrtinnen ins Ausland mit sofortiger Wirkung zu erlassen. Durch den Gesetzentwurf betr. die Einführung von Schichten usw. soll zur Bekämpfung der Kapitalflucht der nach Wrtinnen der Delegiertenversammlung aufgeschobene Einfhrungsfrage wieder einbezogen werden.

Hg. Dwelle (U. S. P. D.): Mit dem wirtschaftlichen Zustand der drei Gesetzentwürfe sind wir einverstanden. Wir sind auch bereit, daß die Regierung nicht beschäftigt, die Einsetzung von Schlichtern und Druckern möglichst zu einer militärischen politischen Front zu misbrauchen, wie das unter dem alten System geschahen ist, was sogar die Aufhebung der Reichs-Blattverordnung vorschreiben mte. Immerhin lssen wir um eine Regierungsbildung an dieser Front.

